

Kreistag

Niederschrift

über die 28. ordentliche öffentliche Sitzung des Kreistages am 17.06.2013 im
Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943
Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender

Herr Christoph Schulze

Kreistagsabgeordnete

Herr Hans-Jürgen Akuloff	
Frau Karola Andrae	bis 22.30 Uhr
Herr Helmut Barthel	
Herr Michael Baumecker	bis 22.00 Uhr
Herr Thomas Czesky	
Frau Gabriele Dehn	
Herr Helmut Dornbusch	bis 22.00 Uhr
Herr Peter Dunkel	
Herr Danny Eichelbaum	
Herr Erich Ertl	
Frau Katja Grassmann	
Herr Bernd Habermann	
Frau Carola Hartfelder	bis 19.45 Uhr
Herr Detlev von der Heide	
Herr Klaus Hubrig	bis 21.55 Uhr
Frau Heide Igel	
Herr Wilfried Käthe	bis 20.40 Uhr
Frau Evelin Kierschk	
Frau Gertrud Klatt	
Herr Hermann Kühnapfel	
Herr Lutz Lehmann	
Herr Fritz Lindner	
Frau Christin Menzel	bis 20.10 Uhr
Herr Lutz Möbus	bis 19.45 Uhr
Herr Matthias-Eberhard Nerlich	bis 20.50 Uhr
Herr Jörg Niendorf	bis 20.50 Uhr
Herr Andreas Noack	
Frau Angelika Österreicher	
Herr Frank Priefert	
Frau Bärbel Redlhammer-Raback	
Frau Gertraud Rocher	bis TOP 21
Herr Helmut Scheibe	bis 21.55 Uhr
Herr Jens Schlösser	bis 22.30 Uhr
Frau Gabriele Schröder	
Herr Wilhelm Schröter	
Frau Ria von Schrötter	
Herr Dirk Steinhausen	

Herr Dr. Günter Stinal
Herr Felix Thier
Frau Kornelia Wehlan
Herr Michael Wolny

bis 21.55 Uhr

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Herr Holger Lademann
Herr Detlef Gärtner
Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete
Beigeordneter und Dezernent III
Beigeordneter und Dezernent IV
Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete

Herr Dr. Ralf von der Bank
Frau Martina Borgwardt
Frau Maritta Böttcher
Herr Dr. Manfred Georgi
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Dirk Hohlfeld
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Herr Andreas Krüger
Herr Falk Kubitza
Frau Heike Kühne
Frau Bärbel Laue
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Roland Scharp

Herr Dieter Albrecht

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 22.04.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anfragen
- 5.1 Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1512/13-KT

- | | | |
|------------|--|----------------|
| 5.2 | Anfrage der Abgeordneten Danny Eichelbaum und Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu remonstrierenden Beamten in der Kreisverwaltung | 4-1525/13-KT |
| 5.3 | Anfrage der Abg. Gertraud Rocher, Fraktion FDP/BV, zum Lärmschutz am Flughafen BER | 4-1545/13-KT |
| 5.4 | Anfrage der Abg. Gertrud Rocher, Fraktion FDP/BV, zur Stellenbesetzung in der Kreisverwaltung | 4-1546/13-KT |
| 5.5 | Anfrage des Abgeordneten Christoph Schulze, Fraktion SPD/Grüne, zu Kindern und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming | 4-1560/13-KT |
| 5.6 | Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Einnahmen aus Gebührensatzungen, Honorarordnungen, Entgeltordnungen und Satzungen mit Kostenersatz | 4-1569/13-KT |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Antrag der Fraktion FDP/BV zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming | 4-1507/13-KT |
| 6.2 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Erstellung einer Nachhaltigkeitssatzung (kommunale Schuldenbremse) | 4-1558/13-KT |
| 6.3 | Antrag von zehn Kreistagsabgeordneten zur Unterschutzstellung Zossener Heide/Wierachteiche - Arbeit der Biotop-Gutachter | 4-1561/13-KT |
| 7 | Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Landrates sowie der notwendig gewordenen Stichwahl | 4-1535/13-I |
| 8 | Vorbereitung der Wahl der Landrätin/des Landrates des Landkreises Teltow-Fläming durch den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1518/13-KT/1 |
| 9 | Haushalt 2013 des Landkreises Teltow-Fläming | |
| 9.1 | Antrag aller Fraktionen zum Haushalt 2013 | 4-1581/13-KT |
| 9.2 | Einwendung der Gemeinde Ihlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1478/13-KT |
| 9.3 | Einwendung der Gemeinde Großbeeren gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1479/13-KT |
| 9.4 | Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung | 4-1508/13-KT |
| 9.5 | Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept 2013 | 4-1542/13-KT |
| 9.6 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept 2013 | 4-1543/13-KT |
| 9.7 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung | 4-1544/13-KT |

und zum Haushaltssicherungskonzept 2013

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 9.8 | Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung | 4-1555/13-KT |
| 9.9 | Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung –
Besetzung frei werdender Stellen | 4-1559/13-KT |
| 9.10 | Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept 2013 | 4-1426/13-I/1 |
| 9.11 | Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2013 | 4-1427/13-I/1 |
| 10 | Jugendförderplan 2013 des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1485/13-V/1 |
| 11 | Satzung zur Ersten Änderung der Hauptsatzung des
Landkreises Teltow-Fläming vom 24. September 2012 | 4-1503/13-LR |
| 12 | Genehmigung der Eilentscheidung - Klage vor dem Verwaltungsgericht
gegen den Rückforderungsbescheid des Ministeriums der Finanzen
des Landes Brandenburg vom 21. März 2013 | 4-1547/13-I |
| 13 | Genehmigung eines gerichtlichen Vergleiches im
sozialgerichtlichen Verfahren S 20 SO 201/08 | 4-1524/13-II |
| 14 | 3. Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten für Unterkunft
und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) | 4-1520/13-II |
| 15 | Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des
Innern zur Querschnittsprüfung der Unteren Wasser- und
Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1532/13-III |
| 16 | Änderung der Richtlinie zur Ehrung mit dem
Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming | 4-1536/13-V |
| 17 | Gebührensatzung für die Volkshochschule des
Landkreises Teltow-Fläming | 4-1538/13-V |
| 18 | Petition - Veröffentlichung der Aufwandsentschädigung der
Kreistagsmitglieder in Aufsichtsräten | 4-1522/13-KT |
| 19 | Petition - Veröffentlichung PwC-Gutachten | 4-1523/13-KT |
| 19.1 | Petition zur Veröffentlichung des PwC-Gutachtens | 4-1570/13-KT |
| 20 | Antrag der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der
Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien | 4-1513/13-KT/1 |
| 20.1 | Darlegung, Erörterung und ggf. Beschlussfassung zum Kreisdarlehen
für die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des
Landkreises Teltow-Fläming mbH (Beschlussvorlage 4-1557/13-LR) | |

21 Mitteilungen des Landrates

Nichtöffentlicher Teil

22 Personalfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung des Kreistages fest.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zusätzlich zur Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag zur Aufnahme des Beratungsgegenstandes „Darlegung, Erörterung und gegebenenfalls Beschlussfassung zum Kreisdarlehen für die SWFG des Landkreises TF mbH“ vorliegt und begründet die Dringlichkeit.

Frau Abg. Wehlan hätte erwartet, dass heute allen Abgeordneten zu diesem Tagesordnungspunkt die dazu in den Kreisausschuss am 27. Mai 2013 eingebrachte Dringlichkeitsvorlage vorliegt.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass ihm keine Vorlage dazu vorliegt, er jedoch auf Wunsch von Abgeordneten sichern wollte, dass die Thematik heute zur Diskussion steht. Er macht darauf aufmerksam, dass jeder Abgeordnete darin frei ist, einen Antrag zu stellen. Er selbst hat hier keinen Handlungsspielraum, da es eine Vorlage der Verwaltung ist.

Der Kreistag beschließt bei einer Nein-Stimme und mehreren Stimmenthaltungen den Beratungsgegenstand „Darlegung, Erörterung und gegebenenfalls Beschlussfassung zum Kreisdarlehen für die SWFG des Landkreises TF mbH“ nach TOP 20 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zum TOP 19 – Petition zur Veröffentlichung des PwC-Gutachtens – zusätzlich die Beschlussvorlage 4-1570/13-KT vorliegt.

Des Weiteren informiert er, dass die Tagesordnungspunkte 6.1 und 9.8 entfallen, da die Fraktion FDP/BV die vorliegenden Anträge zurückgezogen hat.

Der Vorsitzende informiert, dass zusätzlich die Anfrage des Abg. Steinhausen zu Einnahmen aus Gebührensatzungen (4-1569/13-KT) als TOP 5.6 vorliegt.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion einen nicht öffentlichen Teil der Kreistagssitzung zu Personalangelegenheiten beantragt hat.

Der Kreistag sieht bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich die Dringlichkeit und stimmt der Ergänzung der Tagesordnung um den nicht öffentlichen TOP 22 - Personalangelegenheiten - bei einigen Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

Herr Abg. Eichelbaum beantragt, den TOP 20 von der Tagesordnung zu nehmen, da er nochmals im HFA beraten werden soll.

Herr Abg. Noack stimmt dem zu.

Auf Hinweis, dass der Kreistag den Antrag in den HFA überweisen sollte, macht der Vorsitzende des Kreistages darauf aufmerksam, dass dies nur möglich ist, wenn sich der Kreistag mit dem Antrag beschäftigt und dieser nicht von der Tagesordnung genommen wird. Deshalb schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt zu belassen und unter TOP 20 die Überweisung in den HFA zu beschließen.

Damit zeigen sich die Einreicher des Antrages einverstanden.

Der Kreistag beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Kreistages teilt mit, dass es Veränderungen in der Fraktion SPD/Grüne gibt. Herr Abg. Dr. Kalinka und Herr Abg. Czesky haben die Fraktion verlassen. Die Fraktion nennt sich nunmehr „SPD Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming“.

Er gibt bekannt, dass er durch Ausschussvorsitzende darüber informiert wurde, dass sie keine Einladung zum HFA am 10. Juni 2013 erhalten haben. Da diese Frage in der Presse eine Rolle gespielt hatte, sollte eine Prüfung erfolgen.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 22.04.2013

Es liegen keine Einwendungen vor. Damit gilt die Niederschrift als genehmigt.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

Frau Walter richtet ihre Frage an Frau Gurske und möchte wissen, ob es mit dem Gleichheitsgrundsatz aus der Brandenburger Landesverfassung und dem Grundgesetz der Bundesrepublik vereinbar ist, dass einfachen Mitarbeitern wegen des Verdachts von dienstlichen Verfehlungen sofort eine Kündigung ausgesprochen wurde, die Dezernenten Herr Albrecht und Herr Bührendt aber trotz des Verdachtes des Missbrauches von Tankkarten zu privaten Zwecken weiter im Amt bleiben und ihre Dienstgeschäfte fortführen. Sie möchte wissen, ob die Abgeordneten es als gerecht ansehen, dass derartige Unterschiede gemacht werden. Des Weiteren fragt sie, ob die Abgeordneten darüber Kenntnis haben, dass sie vom Dezernenten Herrn Albrecht nach 21 Arbeitsjahren eine Suspendierung und Hausverbot erhalten hat.

Frau Gurske verweist darauf, dass die Fragen nicht in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass die – Fragen im Rahmen dessen, was möglich ist – innerhalb von vier Wochen schriftlich zu beantworten sind.

Frau Abg. Igel bittet darum, dass die Abgeordneten im nicht öffentlichen Teil – Personalangelegenheiten – eine Antwort erhalten.

Frau Katrin Witt, Rangsdorf, fragt, welche Verbände, Vereine und Institutionen in die Vorberatung zur Erarbeitung der Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten der Unterkunft im Sozialausschuss gehört wurden. Sie macht darauf aufmerksam, dass nur 11% des Wohnungsbestandes erfasst wurden und möchte wissen, wer dazu befragt wurde. Mit Verweis auf die aktuelle Entscheidung des Landessozialgerichtes Berlin fragt sie, ob die Verwaltung die Heranziehung von 11% des Wohnungsbestandes für gerichtsfest hält.

Sie weist darauf hin, dass die Statistik besagt, dass 48% der Wohnungssuchenden Wohnraum bis 50 m² suchen. Angesichts dessen fragt sie, wie unter den Voraussetzungen, dass lediglich eine geringe Anzahl von Wohnungen bis 50 m² erfragt wurde, eine vom Bundessozialgericht geforderte Vermeidung der Ghetto-Bildung verhindert werden soll.

Weiterhin wurde festgestellt, dass 20% der Wohnungen bis 50 m² den Angemessenheitskriterien entsprechen sollen. Bei den berücksichtigten Bestandsmieten ist lediglich ein Anteil von 5% erfasst worden (Seite 12). Das bedeutet, dass in dem Gebiet Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf und Großbeeren nur 93 Wohnungen die Angemessenheitskriterien erfüllen. Sie fragt, ob sich aus der Mietwerterhebung ermitteln lässt, wie viele Wohnungen davon tatsächlich verfügbar sind.

Sie fragt die Abgeordneten, ob es ihnen tatsächlich bewusst ist, dass Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf und Großbeeren so wenig Wohnraum haben, dass die Wohnungssuchenden woanders hinziehen müssen.

Weiterhin möchte sie wissen, inwieweit die Wohnraumberatung des Landkreises sachlich und personell in der Lage ist, die ihr übertragene Rolle auszufüllen.

Mit Verweis auf den Punkt 2.2.5 fragt sie, ob es den Abgeordneten bekannt ist, dass in einem Insolvenzverfahren nicht jedes Haus verwertet wird, sondern als Insolvenzmasse freigegeben werden kann. Weiterhin fragt sie, ob bekannt ist, dass auch über Zwangsversteigerungsverfahren eine dingliche Sicherung des Landkreises in der Regel zu keinen verwertbaren Einnahmen führen kann. Des Weiteren möchte sie wissen, ob die Verwaltung davon ausgeht, dass der Sachbearbeiter, der diesen Vorgang zu bewerten hat, dazu auch in der Lage ist.

Mit Verweis auf Punkt 7.4 stellt sie fest, dass das Elterngeld im Gegensatz zum Pflegegeld keine Einkommensersatzleistung, sondern eine zweckgebundene Leistung ist. Sie fragt, ob sich die Verwaltung sicher ist, dass der Leistungsempfänger rechtlich verpflichtet werden kann, dieses Geld zweckentfremdet einzusetzen.

Der Vorsitzende des Kreistages bittet Frau Witt darum, die Fragen der Verwaltung zur Beantwortung zukommen zu lassen.

Herr Abg. von der Heide schlägt vor, die Fragen und die Antworten der Verwaltung auf die Tagesordnung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zur Diskussion zu setzen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung die Fragen beantwortet und der Kreistag beim Tagesordnungspunkt 14 entscheiden muss, wie er mit den Fragen, die an die Abgeordneten gerichtet sind, umgeht.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, macht darauf aufmerksam, dass die Thematik mehrfach im öffentlichen Teil des Sozialausschusses behandelt wurde. Sowohl die Erstellung des Konzeptes als auch die ersten Ergebnisse und die Handlungsempfehlung wurden umfassend dargestellt. Es erfolgte keine Anhörung von Sozialvereinen, da es sich nur um die Fortschreibung der 2. Handlungsempfehlung handelt. Diese musste fortgeschrieben werden, da die Mietwerterhebungen aus den Jahren 2007 und 2008 stammen. Sie stellt sich gern den Anregungen und Nachfragen. Möglich wäre dies im Rahmen des Ausschusses oder bei einem nochmaligen Termin in der Verwaltung mit dem Erhebungsinstitut. Sie sichert Frau Witt zu, ihr einen entsprechenden Termin zur Klärung der Fragen anzubieten. Sollten sich

daraus möglicherweise berechnigte Änderungen der Handlungsempfehlung ergeben, könnte diese dem Kreistag als 4. Handlungsempfehlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

TOP 5 **Anfragen**

TOP 5.1 **Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1512/13-KT**

Herr Abg. Wolny fragt mit Bezug auf das Grundstück und auf die einschlägigen Gesetze im Brandfalle, warum die untere Bauaufsichtsbehörde in den letzten Jahren keine Kontrollen durchgeführt hat.

Herr Lademann, Beigeordneter und Leiter des Dezernates III, führt an, dass es keine grundlosen Kontrollen durch die Bauaufsicht gibt. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Brandschulpflicht für den gesamten Landkreis hin. Er gibt bekannt, dass voraussichtlich ein Vor-Ort-Termin mit dem Eigentümer, dem Kreisbrandmeister, einem Baukontrolleur sowie dem Ordnungsamt der Gemeinde im Monat Juli stattfinden wird. Herr Abg. Wolny wird durch ihn über den Termin eine Information erhalten.

Herr Abg. Wolny macht darauf aufmerksam, dass es möglich sein müsste, die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow um Amtshilfe zu bitten. Er übergibt Herrn Lademann Fotos, die den aktuellen Stand des Grundstückes aufzeigen.

(Frau Abg. von Schrötter nimmt an der Sitzung teil.)

TOP 5.2 **Anfrage der Abgeordneten Danny Eichelbaum und Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu remonstrierenden Beamten in der Kreisverwaltung (4-1525/13-KT)**

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt den Abgeordneten vor.
Es gibt keine Nachfragen.

Frau Gurske gibt den Hinweis, eine Formulierung unter Punkt 7 richtig zu stellen. Das Wort „Geldstrafe“ ist richtigerweise durch das Wort „Geldbuße“ zu ersetzen.

TOP 5.3 **Anfrage der Abg. Gertraud Rocher, Fraktion FDP/BV, zum Lärmschutz am Flughafen BER (4-1545/13-KT)**

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt den Abgeordneten vor.
Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.4 **Anfrage der Abg. Gertrud Rocher, Fraktion FDP/BV, zur Stellenbesetzung in der Kreisverwaltung (4-1546/13-KT)**

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt den Abgeordneten vor.
Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.5

Anfrage des Abgeordneten Christoph Schulze, Fraktion SPD/Grüne, zu Kindern und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming (4-1560/13-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt den Abgeordneten vor.
Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.6

Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Einnahmen aus Gebührensatzungen, Honorarordnungen, Entgeltordnungen und Satzungen mit Kostenersatz (4-1569/13-KT)

Die schriftliche Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen.

Nachfragen können in der nächsten Sitzung des Kreistages gestellt werden.

TOP 6

Anträge

TOP 6.1

Antrag der Fraktion FDP/BV zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming (4-1507/13-KT)

Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 6.2

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Erstellung einer Nachhaltigkeitssatzung (kommunale Schuldenbremse) (4-1558/13-KT)

Herr Abg. Steinhausen begründet den Antrag. Ziel soll es sein, eine Verschuldungsbremse zu installieren und Regelungen zu treffen, wie mit Mehreinnahmen im Kreishaushalt umzugehen ist.

Frau Abg. Wehlan plädiert im Namen der Fraktion DIE LINKE. für eine Überweisung des Antrages in den Haushalts- und Finanzausschuss. Sie weist darauf hin, dass eine „Schuldenbremse“ in den aktuell vorliegenden Haushaltsdokumenten festgesetzt wurde (Seite 24 der Haushaltssicherungskonzeption – Festsetzung der Schuldenaufnahme auf Null).

Herr Abg. Eichelbaum weist darauf hin, dass der Antrag der CDU zukünftige Haushalte betrifft, die Fraktion stimmt jedoch der Überweisung in den HFA zu.

Frau Abg. Andrae gibt den Hinweis, die Formulierung im § 1 Abs. 2 des Entwurfs der Nachhaltigkeitssatzung zu verbessern mit der Maßgabe, die Aufgabe des Kreistages näher zu bestimmen.

(Herr Abg. Schlösser nimmt an der Sitzung teil.)

Der Kreistag beschließt einstimmig, den Antrag 4-1558/13-KT in den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

TOP 6.3

Antrag von zehn Kreistagsabgeordneten zur Unterschutzstellung Zossener Heide/Wierachteiche - Arbeit der Biotop-Gutachter (4-1561/13-KT)

Frau Gurske informiert, dass mittlerweile alle aufgezeigten Probleme geklärt sind. Sie hält es deshalb nicht für sachgerecht, diesen erneuten Antrag zu beschließen. Sie sieht den weiteren Verlauf in der Sache als eine Frage des Dialogs der Partner miteinander und erachtet es als wünschenswert, die Problematik auf der Arbeitsebene zu begleiten. Sie teilt mit, dass die Unterschutzstellung unterschrieben wurde. Selbstverständlich werden auch die Rechte und Belange des Eigentümers gewahrt werden.

Frau Abg. Klatt, stellv. Vorsitzende des Kreistages, übernimmt die Leitung der Sitzung.

Herr Abg. Schulze begründet die Notwendigkeit des Antrages und verweist darauf, dass der Kreistag nochmals ein politisches Signal senden sollte. Der Antrag fordert alle Beteiligten auf, sich an die Spielregeln zu halten und für ein gedeihliches Miteinander zu sorgen. Er sieht keine Möglichkeit, diesen Antrag zurückzuziehen und fordert eine Abstimmung.

Frau Abg. Wehlan und Herr Abg. Thier vertreten die Auffassung, dass die Ausführungen der Verwaltung klar und deutlich waren, sodass sich der Antrag erübrigt und zurückgenommen werden könnte. Diese Auffassung wurde auch im Fachausschuss vertreten.

Herr Abg. Kühnapfel plädiert dafür, den Antrag nicht zurückzuziehen. Angesichts der Tatsache, dass dem Gutachter der Zugang zum Wald verwehrt wurde, ist zu sehen, dass sich die Waldbesitzer nicht an Spielregeln halten und Tatsachen schaffen wollen.

Frau Abg. Igel und Herr Abg. Noack befürworten den Antrag, da er „unschädlich“ ist und die Verwaltung unterstützt.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag Teltow-Fläming fordert alle Beteiligten auf, die Verfahren zur Untersuchung und Prüfung der Schutzwürdigkeit der Zossener Heide nicht zu behindern.

Der Kreistag Teltow-Fläming fordert Kreisverwaltung und Landesbehörden auf, die gesetzlichen Regelungen und Abläufe durchzusetzen, so auch die Möglichkeit von Gutachtertätigkeiten auf dem Gebiet durch die Sicherstellung der freien Befahrbarkeit der Waldwege durch die Gutachter.

Der Kreistag Teltow-Fläming erwartet, dass unabhängigen Gutachtern ihre Arbeit ohne bewusst herbeigeführte Erschwernisse ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen

TOP 7

Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Landrates sowie der notwendig gewordenen Stichwahl (4-1535/13-I)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag trifft unabhängig vom Ausgang der Wahl gemäß §§ 83 und 63 in Verbindung mit § 57 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes – BbgKWahlG – vom 22.04.1993 (GVBl. I S. 110) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.07.2009 (GVBl. I S. 326), geändert durch Gesetz vom 01.02.2012 (GVBl.I/12, Nr. 10), die folgende Wahlprüfungsentscheidung:

Einwendungen gegen die Wahl und zugleich die erforderlich gewordene Stichwahl liegen nicht vor. Die Wahl des Landrates vom 24. März 2013 sowie die Stichwahl vom 14. April 2013 sind gültig.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

TOP 8

Vorbereitung der Wahl der Landrätin/des Landrates des Landkreises Teltow-Fläming durch den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming (4-1518/13-KT/1)

Herr Abg. Schulze übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass die im Ausschreibungstext, Abs. 1, enthaltene Formulierung „zu wählen“ durch die Formulierung „gewählt werden“ zu ersetzen ist.

Herr Abg. von der Heide beantragt für die SPD-Fraktion folgende Änderung der Vorlage:

1. Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages soll um die Medien „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Zeit“ ergänzt werden.
2. Die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages soll durch die Formulierung „Der Kreistag bildet einen zeitweiligen Ausschuss Vorbereitung der Landratswahl mit 10 Mitgliedern. Die Besetzung erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Der Vorsitzende wird aus dem Kreis der Ausschussmitglieder nach dem Zugriffsverfahren (d'Hondtschen Höchstzahlverfahren) bestimmt.“ ersetzt werden.
3. In Anlage 1 (Ausschreibungstext) wird nach dem 7. Absatz folgender Absatz eingefügt: „Der Bewerbung ist eine eidesstattliche Versicherung beizufügen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber zu keiner Zeit offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR war. Die Versicherung und eine Einverständniserklärung zur Überprüfung der Angaben werden Bestandteil des Arbeitsvertrages.“

Frau Abg. Wehlan fragt, warum ein Ausschuss in dieser Größe gebildet werden soll. Ursprüngliches Anliegen war, in der Sommerpause ein kleines Gremium zu bilden, welches

schnell arbeitsfähig ist. Deshalb könnte dem Kreisausschuss, dem ebenfalls alle Fraktionen angehören, diese Aufgabe übertragen werden. Sie weist darauf hin, dass die überregionale Ausschreibung in den vorgeschlagenen Medien in der Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden abgelehnt wurde. Zum 3. Vorschlag merkt sie an, dass er nicht zum Bestandteil des Ausschreibungstextes gemacht werden sollte. Der Hinweis sollte im Rahmen der allgemeinen Formulierung, dass nähere Informationen auf der Homepage des Landkreises einzusehen sind, erfolgen.

Frau Abg. Igel schlägt vor, dass der Text des 3. Punktes in der Einladung zur Vorstellung enthalten sein sollte.

Herr Abg. von der Heide begründet nochmals die Notwendigkeit der überregionalen Ausschreibung, da mit den bisherigen Vorschlägen nur die Region Berlin-Brandenburg erreicht wird. Es sollten auch Personen mit großer Kompetenz aus Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern die Möglichkeit haben, sich als Landrat zu bewerben und sich im Kreistag vorzustellen.

Herr Abg. Noack macht darauf aufmerksam, dass es bereits einhellige Meinung im Kreisausschuss war, dass aus jeder Fraktion ein Mitglied im zeitweiligen Ausschuss mitarbeiten sollte.

Er beantragt, den Ausschreibungstext zu erweitern. Im Absatz 7 soll nach dem Wort „Referenzen“ folgender Wortlaut eingefügt werden „die Bescheinigung der Stasi-Unterlagenbehörde über eine Tätigkeit/Nichttätigkeit bei der ehemaligen Stasi der DDR“.

Frau Abg. Andrae macht darauf aufmerksam, dass der Vorsitzende des Kreistages, dem auch die Bewerbungen zugehen, erstes Mitglied im Ausschuss sein sollte, damit er den Prozess führen kann. Sie bezweifelt, dass in der vorgeschlagenen Zeitschiene die behördlichen Führungszeugnisse vorgelegt werden können. Mit der Ausschreibung in weiteren Medien zeigt sie sich einverstanden, da ihr die bisher ausgewählten zu „ostlastig“ sind.

Sie beantragt, dass der Vorsitzende des Kreistages Pflichtmitglied im Ausschuss sein sollte und jede Fraktion einen Vertreter entsendet.

Herr Abg. Wolny unterstützt die überregionale Ausschreibung, um den Bewerberkreis zu erweitern und eine qualifizierte Persönlichkeit – auch außerhalb von Brandenburg – zu gewinnen.

Frau Abg. Igel macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss nach den Regelungen der Kommunalverfassung zu bilden ist und der Vorsitzende des Kreistages durch die Fraktion zur Mitarbeit im Ausschuss vorgeschlagen werden kann.

Der Vorsitzende des Kreistages verweist auf die Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden, in der der zeitweilige Ausschuss als Gremium mit fünf Mitgliedern unter seiner Leitung gebildet werden sollte und erläutert die Gründe (insbesondere Sommerpause) für diese Entscheidung.

Zur Forderung nach Vorlage einer Bescheinigung der Stasi-Unterlagenbehörde führt er an, dass dies in der Zeitschiene nicht möglich sein wird.

Zum Vorschlag, dass die Versicherung und eine Einverständniserklärung zur Überprüfung der Angaben Bestandteil des Arbeitsvertrages werde, macht er darauf aufmerksam, dass Beamte keine Arbeitsverträge haben.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass hier über einen der wichtigsten politischen Vorgänge für den Landkreis entschieden wird. Deshalb sollte genügend Zeit für eine Diskussion und Beschlussfassung gegeben werden, um keine Fehler zu machen.

Herr Abg. Schlösser fragt, warum der Ausschuss nicht mit 7 Mitgliedern gebildet werden kann, um zu sichern, dass die Vereinte Fraktion einen Sitz erhält.

Der Vorsitzende des Kreistages bestätigt, dass der Ausschuss auch mit 7 Mitgliedern gebildet werden könnte, wenn dies Wunsch der Abgeordneten ist.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt getrennte Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Der Kreistag beschließt bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich, die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages um das Medium „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu ergänzen.

Der Kreistag beschließt bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich, die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages um das Medium „Die Zeit“ zu ergänzen.

Herr Abg. von der Heide begründet, warum die SPD-Fraktion den Vorschlag unterbreitet, in diesen Ausschuss 10 Mitglieder zu entsenden. Er weist auf die große Verantwortung hin, die der Ausschuss trägt. Es handelt sich um ein Verfahren, welches sichern muss, dass der beste Bewerber gefunden wird.

Der Vorsitzende des Kreistages weist nochmals darauf hin, dass der Ausschuss keine Entscheidungen darüber trifft, welcher Bewerber auf den Wahlvorschlag für den Kreistag gesetzt wird. Der Ausschuss hat lediglich die Aufgabe, die Bewerber auszusortieren, die aufgrund der allgemeinen beamtenrechtlichen Regelungen nicht wählbar sind.

Frau Abg. Wehlan beantragt vorsorglich die Bildung des Ausschusses mit 7 Mitgliedern, wenn es keine Mehrheit für die Bildung des Ausschusses mit 10 Mitgliedern gibt.

Der Kreistag beschließt mit 21 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen, die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages durch die Formulierung „Der Kreistag bildet einen zeitweiligen Ausschuss Vorbereitung der Landratswahl mit 10 Mitgliedern. Die Besetzung erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Der Vorsitzende wird aus dem Kreis der Ausschussmitglieder nach dem Zugriffsverfahren (d'Hondtschen Höchstzahlverfahren) bestimmt.“ zu ersetzen.

Zum 3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion weist der Vorsitzende nochmals darauf hin, dass Beamte keinen Arbeitsvertrag haben.

Herr Abg. von der Heide verweist darauf, dass es eine Möglichkeit geben muss für den Fall, dass jemand wesentlich den Kreistag in dieser Frage falsch informiert hat. Wichtig ist es, dass der Bewerber die Erklärung am Ende des Auswahlprozesses zu unterzeichnen hat und diese zu den Akten genommen wird.

Frau Abg. Hartfelder schlägt dazu folgende Formulierung vor: „Den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung zum Verhältnis zum MfS beizulegen.“

Frau Abg. Wehlan geht davon aus, dass die Vorlage zu den Unterlagen gehört, die auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht wird. In diese könnte die Formulierung eingearbeitet werden.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass heute eine Stellenausschreibung beschlossen wird und es keine Protokollnotiz zu einer Stellenausschreibung gibt.

Der Vorsitzende des Kreistages erklärt, dass sich die Abstimmung über den Antrag der Abg. Andrae, einen Ausschuss zu bilden, bei dem der Vorsitzende des Kreistages Pflichtmitglied ist und jede Fraktion einen Vertreter entsendet, aufgrund der jetzigen Beschlusslage erübrigt.

Es gibt den Änderungsvorschlag der Abg. Hartfelder, der von den Fraktionen SPD, LINKE und CDU getragen wird, mit folgendem Wortlaut: „Den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung zum Verhältnis zum MfS beizulegen. Der zukünftige Landrat muss einer behördlichen Überprüfung durch die Stasi-Unterlagenbehörde zustimmen.“

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass weiterhin ein Antrag der Abg. Redlhammer-Raback vorliegt mit dem Wortlaut „eidesstattliche Versicherung, dass keine Tätigkeit beim MfS oder als IM vorliegt“.

Herr Abg. von der Heide schlägt vor, die Worte „eidesstattliche Versicherung“ durch das Wort „Erklärung“ zu ersetzen und zu Protokoll zu nehmen, dass der Kreistag eine Erklärung verlangt, aus der hervorgeht, dass der Bewerber zu keiner Zeit offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR war.

Der Vorschlag des Abg. von der Heide wird bei 6 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der 3. Änderungsantrag von der SPD-Fraktion, in der Anlage 1 (Ausschreibungstext) nach dem 7. Absatz folgenden Absatz einzufügen „Der Bewerbung ist eine eidesstattliche Versicherung beizufügen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber zu keiner Zeit offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR war. Die Versicherung und eine Einverständniserklärung zur Überprüfung der Angaben werden Bestandteil des Arbeitsvertrages.“ **wird durch die Fraktion zurückgezogen.**

Der Antrag der Abg. Redlhammer-Raback, dem Antrag eine eidesstattliche Versicherung, dass keine Tätigkeit beim MfS oder als IM vorliegt, beizufügen **wird bei 1 Ja-Stimme und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.**

Der Antrag des Abg. Noack, im Absatz 7 nach dem Wort „Referenzen“ den Wortlaut „die Bescheinigung der Stasi-Unterlagenbehörde über eine Tätigkeit/Nichttätigkeit bei der ehemaligen Stasi der DDR“ einzufügen, **wird bei einigen Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Der Antrag der Abg. Hartfelder, im Sachverhalt der Vorlage auf Seite 3 unter Ausschreibung der Stelle einen dritten Stabstrich zuzufügen mit folgendem Wortlaut: „Den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung zum Verhältnis zum MfS beizulegen. Der zukünftige Landrat muss einer behördlichen Überprüfung durch die Stasi-Unterlagenbehörde zustimmen.“ **wird bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen angenommen.**

Der Vorsitzende des Kreistages bittet um unverzügliche Mitteilung der Fraktionsvorsitzenden, welche Mitglieder für den zeitweiligen Ausschuss vorgeschlagen werden.

(Herr Abg. Möbus und Frau Abg. Hartfelder verlassen die Sitzung.)

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag beschließt den Ausschreibungstext für die Stelle der Landrätin/des Landrates des Landkreises Teltow-Fläming.

2. Die Stellenausschreibung wird in folgenden Medien veröffentlicht:
 - Amtsblatt für Brandenburg
 - Berliner Morgenpost, Stellenmarkt
 - Märkische Oderzeitung
 - Lausitzer Rundschau, Gesamtausgabe Brandenburg
 - Tagesspiegel
 - Frankfurter Allgemeine Zeitung
 - Die Zeit
 - Märkische Allgemeine Zeitung, Gesamtausgabe Brandenburg
 - Stellenbörse bb intern
 - Portal des Bundesverwaltungsamtes – www.bund.de
 - Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming
 - Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming - www.teltow-flaeming.de

Die Bewerbungsfrist soll drei Wochen nicht unterschreiten und spätestens am 26. Juli 2013 enden.

3. Der Kreistag bildet einen zeitweiligen Ausschuss „Vorbereitung Landratswahl“ mit zehn Mitgliedern. Die Besetzung erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Der Vorsitzende wird aus dem Kreis der Ausschussmitglieder nach dem Zugriffsverfahren (d'Hondtschen Höchstzahlverfahren) bestimmt.
4. Der Kreistag beschließt die Verfahrensweise und den Terminplan zur Vorbereitung der Wahl der Landrätin/des Landrates des Landkreises Teltow-Fläming.
5. Am 26. August 2013, 17.30 Uhr, wird eine Kreistagssitzung zur persönlichen Vorstellung der Bewerber für die Stelle der Landrätin/des Landrates durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9

Haushalt 2013 des Landkreises Teltow-Fläming

Frau Gurske ruft in Erinnerung, dass es eine Forderung der Abgeordneten war, den Haushalt 2013 sehr zeitnah einzubringen. Dieser Forderung wurde durch die Verwaltungsleitung nachgekommen. Dabei wurde deutlich gemacht, dass die erforderliche „Kürzungsrunde“, die normalerweise vor Einbringung des Haushaltes in der Verwaltung stattfindet, zu dem Zeitpunkt noch nicht gewährleistet sein kann und dass diese Diskussion in den Ausschüssen zu führen ist.

Der Haushalt wurde mit einem Defizit von 4,1 Mio. € eingebracht. Angesichts der Diskussionen in den Ausschüssen und auch im Gespräch mit dem Innenministerium hat sie sich dazu entschlossen, die Verwaltung aufzufordern, eine schwarze Null durch eine pauschale Minderausgabe herzustellen. Auch mit dem PwC-Gutachten war nicht erkennbar, wie mit dem vorliegenden Haushalt 4,1 Mio. € eingespart werden können, ohne z. B. Personal abzubauen.

Die Forderung, dazu noch die 1,5 Mio. € aus der Nichterhöhung der Kreisumlage einzusparen, ist nicht zu realisieren. Die geführte Diskussion in den Fachausschüssen ließ nicht erkennen, dass der Haushalt nicht akzeptiert werden kann. Sie findet es bedauerlich, dass aus den Fraktionen in den letzten Tagen Signale kamen, die in Richtung vorläufige Haushaltswirtschaft und 47 % Kreisumlage tendierten. Sie bedauert, dass kein

fachpolitischer Konsens hergestellt werden konnte. Als Ergebnis der gegenwärtigen Diskussion mit den Fraktionen und Bürgermeistern sieht sie es als sachgerecht an, vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2013 zurückzuziehen.

TOP 9.1

Antrag aller Fraktionen zum Haushalt 2013

(4-1581/13-KT)

Herr Abg. Baumecker begründet im Namen aller Fraktionen den Antrag.

Herr Abg. von der Heide teilt das Anliegen des Antrages. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Aufstellung eines Doppelhaushaltes mit großen Anstrengungen verbunden ist. Ziel sollte es sein, einen ordentlichen Haushalt für das Jahr 2013 im Herbst dieses Jahres aufzustellen und den Haushalt 2014 in Angriff zu nehmen.

Frau Abg. Grassmann warnt davor, einen Doppelhaushalt aufzustellen angesichts der Tatsache, dass es noch keinen einzigen bestätigten Jahresabschluss gibt, der die Grundlage dafür bildet. Es gibt immer noch keine Kosten-Leistungsrechnung, kein Controlling und Berichtswesen, die wesentliche Bedingungen sind für die Steuerung des Haushaltes. Auch ist eine Wahrheit und Klarheit im derzeitigen Haushalt nicht gegeben.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass es gemäß der Kommunalverfassung die Pflicht gibt, den Haushalt des Jahres spätestens bis 1. Dezember des Jahres vorzulegen. Er fragt, welche Konsequenzen die vorläufige Haushaltsführung hat und welche Aufgaben dann in den nächsten Monaten nicht realisiert werden können.

Frau Gurske verweist auf die Investitionsliste, die den Abgeordneten im HFA zur Verfügung gestellt wurde. Aufgrund § 69 der Kommunalverfassung können die notwendigen Dinge im Ausnahmefall geleistet werden.

Herr Abg. Eichelbaum informiert, dass in der Beratung der Fraktionsvorsitzenden vereinbart wurde, dass in der nächsten Sitzung des HFA ein detaillierter Bericht von der amtierenden Landrätin gegeben wird, welche Auswirkung die vorläufige Haushaltsführung für den Landkreis hat.

Der Kreistag beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im 4. Quartal 2013 einen Doppelhaushalt 2013/2014 einzubringen.
2. Die haushaltsrelevanten Anträge der Fraktionen werden im Rahmen der Haushaltsdebatte in den Fachausschüssen behandelt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen

TOP 9.2

Einwendung der Gemeinde Ihlow gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 des Landkreises Teltow-Fläming

(4-1478/13-KT)

Die Einwendung wird für erledigt erklärt, das die Haushaltssatzung zurückgezogen ist.

TOP 9.3

**Einwendung der Gemeinde Großbeeren gegen den Entwurf der Haushaltssatzung
2013 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1479/13-KT)**

Die Einwendung wird für erledigt erklärt, das die Haushaltssatzung zurückgezogen ist.

TOP 9.4

Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung (4-1508/13-KT)

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussfassung des Antrages 4-1581/13-KT in den HFA überwiesen.

TOP 9.5

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept 2013 (4-1542/13-KT)

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussfassung des Antrages 4-1581/13-KT in den HFA überwiesen.

TOP 9.6

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept 2013 (4-1543/13-KT)

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussfassung des Antrages 4-1581/13-KT in den HFA überwiesen.

TOP 9.7

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept 2013 (4-1544/13-KT)

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussfassung des Antrages 4-1581/13-KT in den HFA überwiesen.

TOP 9.8

Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung (4-1555/13-KT)

Wurde durch den Einreicher zurückgezogen.

TOP 9.9

Antrag der Fraktion FDP/BV zur Haushaltskonsolidierung - Besetzung frei werdender Stellen (4-1559/13-KT)

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussfassung des Antrages 4-1581/13-KT in den HFA überwiesen.

TOP 9.10

Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept 2013 (4-1426/13-I/1)

Durch Einreicher zurückgezogen.

TOP 9.11

Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2013 (4-1427/13-II/1)

Durch Einreicher zurückgezogen.

TOP 10

Jugendförderplan 2013 des Landkreises Teltow-Fläming (4-1485/13-V/1)

Durch Einreicher zurückgezogen.

TOP 11

Satzung zur Ersten Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Teltow-Fläming vom 24. September 2012 (4-1503/13-LR)

Der Kreistag beschließt:

die Satzung zur Ersten Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Teltow-Fläming vom 24. September 2012.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

TOP 12

Genehmigung der Eilentscheidung - Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Rückforderungsbescheid des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg vom 21. März 2013 (4-1547/13-I)

Frau Gurske erläutert die Vorlage und begründet die Eilentscheidung

(Frau Abg. Menzel verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Barthel vertritt die Auffassung, dass der HFA über den Sachverhalt hätte informiert werden können. Zukünftig bittet er darum, bei solchen haushaltsrelevanten Größenordnungen den HFA rechtzeitig zu informieren. Er fragt, mit welchen Verfahrenskosten der Landkreis rechnen muss.

Frau Gurske führt aus, dass es vorab keine Information von der Landesjustizkasse gab. Nach Einreichung der Klage hat der Kreis im Mai 2013 eine Rechnung über 35 T€ erhalten, welche bezahlt wurde. Da die Verhandlung schon im September 2013 sein wird, hofft die Verwaltung, dass ein Vergleich erzielt werden kann und ein Teil des Geldes wieder zurück kommt.

Der Vorsitzende des Kreistages weist nochmals auf die vereinbarte Verfahrensweise hin, dass auf allen Vorlagen die finanziellen Auswirkungen und die Produktverantwortlichen ausgewiesen werden.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung der Ersten Beigeordneten und des Vorsitzenden des Kreistages vom 24. April 2013 zur Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Rückforderungsbescheid des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg vom 21. März 2013.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen

TOP 13

Genehmigung eines gerichtlichen Vergleiches im sozialgerichtlichen Verfahren S 20 SO 201/08 (4-1524/13-II)

Der Kreistag beschließt:

Der gerichtliche Vergleich mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung über die Kostenerstattung der stationären Leistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII für die Jahre 2005 und 2006 in Höhe von 600.000,00 EUR wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen

TOP 14

3. Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) (4-1520/13-II)

Herr Abg. von der Heide vertritt die Auffassung, dass die Handlungsempfehlung heute beschlossen werden sollte. Ein Fortschritt ist z. B., dass hier die Mietobergrenzen nicht mehr so starr sind. Was fehlt, ist eine klare Anleitung für den Sachbearbeiter zu den Regelungen. Er plädiert dafür, z. B. einen Härtefall-Ausschuss zu installieren, der bei abgelehnten Fällen möglicherweise Ausnahmeregelungen zulassen kann.

Frau Abg. Andrae macht deutlich, dass es bei der vorgelegten Handlungsempfehlung um Kürzungen für die Betroffenen geht. So sollen z. B. bei der Position „kalte Betriebskosten“ (Seite 5 und 6) drei Personen in Zossen für 405 € untergebracht werden. Sie fragt, wo ein solcher Wohnraum zu finden ist.

Frau Gurske stellt dar, dass Hartz-IV-Bezieher, die derzeit in einer Wohnung wohnen, die nach der 2. Handlungsempfehlung bemessen worden ist, in der Wohnung bleiben können. Sie werden weder zu einer Kostensenkung noch zu einem Umzug aufgefordert. Die erhobenen Mietwerte in der 3. Handlungsempfehlung sind bei Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften sowie bei privaten Vermietern erfasst worden. Sie gibt dazu detaillierte Erläuterungen. Zur Frage der Härtefallkommission führt sie an, dass es in der Verwaltung einen Mitarbeiter gibt, der sowohl das Controlling als auch das Trouble-Shooting zwischen Jobcenter und Kreisverwaltung führt und sich um solche Härtefälle kümmert.

Herr Abg. Noack fragt, ob die Wohnungsbaugesellschaft in Zossen zu den Mieten befragt wurde. Er weist darauf hin, dass in dem Wohnungsbereich bis zu 50 m² keine Wohnung mit einer ordentlichen Ausstattung nicht unter 6 € Kaltmiete vorhanden ist. Deshalb gehört seiner Meinung nach Zossen bei der Einteilung in die Kategorie 3.

Frau Gurske informiert, dass die Wohnungsbaugesellschaft in Zossen befragt wurde und Zossen in der Kategorie 2 ist, da die Mehrheit der durchschnittlichen Miethöhen in die Kategorie 2 fällt.

Frau Abg. Redhammer-Raback möchte wissen, wer der zuständige Träger für die Sozialhilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt ist. Weiterhin hätte sie mehr Informationen zur Wohnraumberaterin in der Kreisverwaltung. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die

Statistik zur Mietwerterhebung nur den Ausschussmitgliedern zugänglich ist oder ob sie allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden kann. Weiterhin sollte ihrer Meinung nach verglichen werden, was die Sozialhilfe im Vergleich zu Hartz IV gekostet hat.

Herr Abg. Wolny macht darauf aufmerksam, dass bei solch komplexen Vorlagen zunächst der Vorsitzende des Fachausschusses eine Stellungnahme abgeben sollte.

Frau Abg. von Schrötter fragt, wie mit den nicht ausgezeichneten Mieten in Ludwigsfelde umgegangen wird.

Frau Gurske macht darauf aufmerksam, dass Ludwigsfelde einen Mietspiegel besitzt, mit dem gearbeitet wird.

Frau Abg. Wehlan folgt im Namen der Fraktion DIE LINKE dem Verfahrensvorschlag des Abgeordneten von der Heide. Alle aufgeworfenen Fragen sollten in der Fachausschuss-Sitzung mit den Sozialverbänden nochmals thematisiert werden.

(Herr Abg. Käthe verlässt die Sitzung.)

Auf Nachfrage der Ab. Frau Igel, ab wann die Handlungsempfehlung gelten soll, informiert Frau Gurske, dass diese nach Veröffentlichung im Amtsblatt wirksam wird.

Frau Abg. Andrae weist nochmals darauf hin, dass mit der Handlungsempfehlung eine Senkung der Mieten beschlossen wird.

Der Kreistag beschließt:

die 3. Handlungsempfehlung zu den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen

TOP 15

Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern zur Querschnittsprüfung der Unteren Wasser- und Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming (4-1532/13-III)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16

Änderung der Richtlinie zur Ehrung mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming (4-1536/13-V)

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass eine **Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport** vorliegt. In § 4 der Richtlinie soll vor dem Wort „Denkmalschutzbehörde“ das Wort „untere“ eingefügt werden.

Frau Abg. Grassmann beantragt für die SPD-Fraktion, den Denkmalpflegepreis nur alle zwei Jahre (beginnend 2014) zu verleihen. Demzufolge wären die § 1, § 2 Satz 2, § 4 Satz 1 und der § 5 dementsprechend zu ändern.

Frau Abg. von Schrötter begründet, warum der Ausschuss zunächst die jährliche Vergabe des Preises befürwortet.

(Herr Abg. Nerlich verlässt die Sitzung.)

Frau Abg. Andrae fragt, warum keine Firmen ausgezeichnet werden sollten, die Gebäude vorbildlich sanieren. Des Weiteren fragt sie, ob der Aufwand für den Vorschlagenden nicht zu hoch ist, da gemäß § 4 umfangreiche Unterlagen einzureichen sind. Des Weiteren fragt sie, warum Mitarbeiter und Abgeordnete, die Denkmale besitzen, von der Ehrung ausgeschlossen werden sollen.

Herr Abg. Schlösser stimmt der Vorlage nicht zu. Ein Landkreis, der nicht fähig ist, einen Haushalt aufzustellen, sollte sich nicht mit einer Richtlinie zum Denkmalpreis beschäftigen.

(Herr Abg. Niendorf verlässt die Sitzung.)

Herr Bührendt, Dezernent V, weist darauf hin, dass nicht in jeder der 5 Kategorien ein Preisträger ausgewählt werden muss. Auch Firmeninhaber sind natürliche Personen und könnten mit dem Preis geehrt werden. Dass Mitarbeiter und Abgeordnete ausgeschlossen werden ist übliche Praxis.

Der Kreistag bestätigt die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, das Wort „untere“ in § 4 einzufügen bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen.

Der Kreistag beschließt folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

- | | |
|------------|--|
| § 1 | ...verleiht der Landkreis Teltow-Fläming alle zwei Jahre (beginnend 2014) einen Denkmalpflegepreis |
| § 2 Satz 2 | das Wort „jährlich“ wird gestrichen |
| § 4 Satz 1 | das Wort „jeweiligen“ wird ersetzt durch das Wort „betreffenden“ |
| § 5 | das Wort „jährlich“ wird gestrichen |

mit 17 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Kreistag beschließt:

die Richtlinie zur Ehrung mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass es 21 Uhr ist und laut Geschäftsordnung die Sitzungen des Kreistages in der Regel nur bis zu dieser Zeit stattfinden.

Bei einigen wenigen Nein-Stimmen und einigen wenigen Stimmenthaltungen sprechen sich die Abgeordneten für eine Fortsetzung der Sitzung aus.

TOP 17

Gebührensatzung für die Volkshochschule des Landkreises Teltow-Fläming

(4-1538/13-V)

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport einstimmig empfohlen hat, den § 7 – Sonderregelung – zu streichen. Damit wird der bisherige § 8 - Inkrafttreten, Außerkrafttreten - § 7.

Die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport wird bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Der Kreistag beschließt:

die Gebührensatzung für die Volkshochschule des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich einigen wenigen Stimmenthaltungen

TOP 18

Petition - Veröffentlichung der Aufwandsentschädigung der Kreistagsmitglieder in Aufsichtsräten (4-1522/13-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass der Datenschutzbeauftragte der Kreisverwaltung sowie die Landesbeauftragte für den Datenschutz zu diesem Problem befragt wurden.

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, die Höhe der Vergütungen der Kreistagsabgeordneten als Vertreter des Landkreises in Aufsichtsräten auf der Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming zu veröffentlichen, soweit die Kreistagsabgeordneten persönlich ihr Einverständnis dazu erklärt haben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Nein-Stimmen und einigen wenigen Stimmenthaltungen

TOP 19

Petition - Veröffentlichung PwC-Gutachten (4-1523/13-KT)

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 19.1

Petition zur Veröffentlichung des PwC-Gutachtens (4-1570/13-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass das Innenministerium die Auffassung vertritt, dass das Gutachten, welches dem Jugendhilfeausschuss vorlag, hätte veröffentlicht werden müssen, jedoch ist dies nachträglich nicht mehr notwendig.

Frau Gurske informiert, dass Teile des Gutachtens immer dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wenn dies auf der Tagesordnung eines Ausschusses steht. Der Bürger kann dann das PwC-Gutachten in den Räumen der Kreisverwaltung einsehen. Diesem Vorschlag der Verwaltungsleitung hat sich auch der HFA angeschlossen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass das Gutachten grundsätzlich nach dem Akteinsichts- und Informationszugangsgesetz einsehbar ist.

Der Beschlussvorschlag enthält zwei Alternativen, über die abzustimmen ist.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag nimmt die Petition des Herrn Arno Busch vom 13. April 2013 zur Kenntnis.
2. Der Kreistag schließt sich der Auffassung des Ministeriums des Innern an und sieht keine Verpflichtung der Kreisverwaltung, eine nachträgliche Veröffentlichung des PwC-Gutachtens und der diesbezüglichen Stellungnahme des Jugendamtes im Bürgerinformationssystem des Landkreises vorzunehmen.
3. Der Kreistag fordert den Landrat auf, bei der Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistages zukünftig den Grundsatz der Öffentlichkeit strikt zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 20

Antrag der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien (4-1513/13-KT/1)

Der Kreistag beschließt, die Vorlage in den HFA zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 20.1

Darlegung, Erörterung und ggf. Beschlussfassung zum Kreisdarlehen für die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (Beschlussvorlage 4-1557/13-LR)

Frau Abg Wehlan gibt den Hinweis, dass nicht alle Abgeordneten Kenntnis über so wichtige Sachverhalte haben, so wie es die Kommunalverfassung verlangt. Der Sachverhalt ist bisher nur den Mitgliedern des Kreisausschusses bekannt. Deshalb bittet sie den Vorsitzenden des Kreistages darum, die Informationsweitergabe an alle Abgeordneten nochmals in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsspitze zu überprüfen.

Herr Abg. Kühnapfel macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur darum geht, ein Darlehen zu gewähren, sondern auch um die Entlastung des Haushaltes um 620 T€. Deshalb gehört diese Frage in den Kreistag, der darüber zu entscheiden hat.

Herr Abg. Steinhausen stellt nochmals dar, dass es um die Fragen ging, ob in der vorläufigen Haushaltsführung dieser Beschluss gefasst werden durfte, ob eine Dringlichkeit gegeben war

und ob aufgrund der Grenze in der Hauptsatzung von 500 T€ der Kreisausschuss darüber beschließen durfte. Er fragt, ob es zu diesen aufgeworfenen Fragen schon eine Antwort vom Innenministerium gibt.

Frau Gurske informiert, dass mit Posteingang vom heutigen Tage ein Schreiben vom Mdl gekommen ist, in dem die Verwaltung um Stellungnahme gebeten wurde.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass der Kreistag nach Kommunalverfassung jederzeit das Recht hat, Entscheidungen an sich zu ziehen, um dies aufzuheben, zu bestätigen oder zu ändern.

Frau Gurske begründet die Eilbedürftigkeit der Entscheidung, die im Kreisausschuss getroffen wurde.

Der Vorsitzende des Kreistages erläutert, warum das Geld noch auf dem Notaranderkonto liegt und noch nicht bei der SWFG verfügbar ist. Es geht um Probleme, die noch zu klären sind, wie Grundstücksverkehrsgenehmigung und Vorkaufsrechte von Gemeinden.

Herr Abg. von der Heide fragt, warum dann der Käufer schon Zugriff auf die Mieteinnahmen hat.

Der Vorsitzende des Kreistages führt dazu aus, dass der Besitzübergang zum 1. April oder 1. Mai 2013 vertraglich festgelegt wurde.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming bestätigt den Beschluss des Kreisausschusses 4-1557/13-LR vom 27. Mai 2013.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen wenigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen

TOP 21

Mitteilungen des Landrates

Frau Gurske informiert, dass gegenwärtig die Vorbereitungen für den Umzug des Flughafenberatungszentrums von Blankenfelde-Mahlow nach Berlin (Airport-World) laufen. Das damit freistehende Objekt wird durch die SWFG weiter vermarktet werden.

(Frau Abg. Rocher verlässt die Sitzung.)

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.

Nichtöffentlicher Teil